

Die staatsrechtlichen Grundlagen des Kampfes der evang. Schlesier um ihre Religionsfreiheit

Teil V

Die evang. Schlesier im Widerstreit der Mächte des Dreißigjährigen Krieges und Beginn der Schutzmachtrolle Schwedens

1.

Der Eintritt der Krone Schweden in den Dreißigjährigen Krieg geschah nicht von heute auf morgen. Mit seiner Entwicklung wurde immer klarer, daß es der Kaiser darauf abgesehen hatte, die Reichsstände zu unterdrücken und seine Herrschaft auf die Ostsee auszudehnen, was bedeutete, daß die Ostsee spanisch-katholisch würde. Die schwedischen politischen und religiösen Interessen mußten durch das Erscheinen einer kaiserlichen Flotte in der Ostsee aufs schwerste betroffen werden. Schweden warf dem Kaiser zudem vor, daß es in Westpreußen, wo Schweden sich im Kampf gegen Polen festgesetzt hatte, von kaiserlichen Truppen angegriffen wurde, daß er Polen, mit dem es sich im Kriege befand, Truppen und Munition geliefert und den Friedensschluß mit Polen verhindert habe und daß man den schwedischen Handel mit dem deutschen Reich unterbinden wolle. Eins kam zum anderen und erhöhte die Spannung immer mehr, bis schließlich, um einer militärischen Einkreisung und kirchlichen Bedrohung zu entgehen, König Gustav Adolf sich zum Kriegseintritt entschloß¹⁾.

Die Beziehungen Schwedens zu den deutschen Protestanten gehen auf das Jahr 1614 zurück, in welchem Gustav Adolf einen Gesandten des Landgrafen Moritz v. Hessen-Kassel empfing, der ihn bat, den russischen Krieg zu beenden, um im Verein mit mehreren Kurfürsten und Ständen des Reiches, England, den Niederlanden und der Schweiz die Religionsfreiheit zu verteidigen. Bald danach folgte ein Gesandter aus Heilbronn, wo die Protestanten gerade versammelt waren, mit einem Brief, der von Friedrich V. v. d. Pfalz, Johann II. v. Pfalz-Zweibrücken, Herzog Johann Friedrich v. Württemberg, Fürst Christian v. Anhalt und Markgraf Joachim Ernst v. Brandenburg unterzeichnet war. Noch aber war wegen der anderweitigen Bindungen die Zeit für den König nicht gekommen.

¹⁾ Chemnitz 1 S. 9—13.

Als nach der Niederlage des Winterkönigs, dem Gustav Adolf 1620 8 Kanonen und 4000 Kugeln geschickt hatte, England, Holland und Frankreich an Dänemark und Schweden herantraten, um sie zum Kriege gegen das Haus Österreich zu veranlassen, sagte der König 1625 zu, wobei er als einen von 4 Angriffswegen gegen die deutschen Katholiken bereits den nannte, der in der schwedischen Kriegsführung in Deutschland noch eine große Rolle spielen sollte: den nach Schlesien und Mähren, um das Haus Habsburg in seinen Erblanden zu treffen. Er kannte sehr wohl das Zielbewußtsein und die Einigkeit der kath. Partei, die es verstanden hatte, Unbeständigkeit, Trägheit, Wankelmut und Eigennutz der evang. Partei auszunutzen und deren Mitglieder gegeneinander auszuspielen, sie mit allen Mitteln zu entzweien und so von einer zahlenmäßigen Mehrheit zu einer Minderheit zu machen. Den Drang des Kaisers zum Meere faßte er als einen Versuch auf, die prot. Niederlande, Dänemark und Schweden zu bezwingen. Es bestand die Gefahr, daß die kaiserliche Partei ungeachtet der Erbansprüche Brandenburgs sich Pommerns bemächtigen würde. Die Belagerung der Seefestung Stralsund, des Schlüssels zur Ostsee, war 1628 der Anlaß zum 1. Kriegseintritt, da seine Einnahme eine Beherrschung der Ostsee und eine unmittelbare Bedrohung Schwedens durch die kaiserliche Macht nach sich gezogen hätte²⁾.

Als 1629 zu Lübeck Verhandlungen zur Abstellung der dänischen Unruhen begannen, hatte der König zwei Reichsräte bestimmt, um den kaiserlichen Kommissaren ihre guten Dienste anzubieten. Ihre Instruktion ließ klar den Hauptzweck erkennen: Wiederherstellung des Zustandes vom Jahre 1620. Dazu gehörte Entschädigung und Sicherheit für die Stadt Stralsund, die für den Kaiser den Schlüssel zur Ostsee, für Schweden den Schlüssel zum deutschen Kriege bedeutete. Diese Stadt hatte das neutrale Schweden, mit dem sie durch wirtschaftliche und religiöse Interessen verbunden war, um Schutz gegen die Angriffe der Kaiserlichen gebeten, und Schweden hatte der Bitte Folge geleistet, um zu verhindern, daß aus diesem Orte ein „Raubnest“, der Stützpunkt einer kaiserlichen Flotte, gemacht würde. Die schwedischen Gesandten wurden jedoch abgewiesen, und der Kaiser, der sich von einer Einmischung Schwedens nur eine Beeinträchtigung seiner Ziele versprach, beeilte sich, mit Dänemark unter Anerbieten großer Zugeständnisse Frieden zu schließen. Schweden fühlte sich mehr und mehr in seiner Sicherheit bedroht. Um nun sämtliche friedlichen Mittel auszuschöpfen, wandte sich der König an alle Kurfürsten und an den zum Herzog v. Mecklenburg ernannten Wallenstein mit einer Rechtfertigung seines Verhaltens und einer Aufzählung aller seitens des Kaisers gegen Schweden getroffenen unrechtmäßigen Maßnahmen und erklärte, daß er nur ehrlichen Frieden wolle. Sollte ihm aber die Anwendung anderer Mittel aufgezwungen werden, dann lediglich zur Wahrung seiner Sicherheit. Um sich aber vor jeder Übereilung zu schützen, beriet er in West-

²⁾ Gejer S. 137—147.

preußen mit den vornehmsten Persönlichkeiten seines Landes die Lage im Falle eines Krieges gegen den Kaiser. Seine Ratgeber hatten Bedenken. Ein grausamer, langwieriger, mit riesigen Kosten verbundener Krieg sei zu erwarten, dessen Ende nicht abzusehen sei bei einem obstinaten, beharrlichen Feinde, dem Kaiser, dem es, mit den Waffen ganz Deutschlands hinter sich, auf einige Kriegsjahre nicht anzukommen brauche. Um seine Heeresmacht brauche sich Gustav Adolf zwar nicht zu sorgen, da sie genug Zulauf aus Deutschland habe. Nur müsse er daran denken, daß auch er menschlichen Zufällen unterworfen sei. Der König neigte mehr zum Kriege, mit der Begründung, daß, je mehr er Geduld zeige, desto mehr die kaiserliche Begehrlichkeit und Eroberungssucht geschürt würde. Es befänden sich diejenigen auf Irrwegen, die meinten, daß der gewaltige Brand, der bereits die Seekante erreicht habe, dort Halt machen würde. Vielmehr werde, wenn man weiterhin die kaiserliche Macht an der Ostsee stillschweigend hinnehme, in kurzer Zeit auch die spanische Macht dazustoßen und das ganze Meer in Flammen setzen. Er wolle lieber den Feind außerhalb seines Landes aufsuchen als daheim auf ihn warten. Nutzen und Vorteile aus einem solchen Kriege seien zwar gering, wenn man es auf Eroberung abstellen wolle. Der Nutzen würde in erster Linie darin bestehen, daß Schiffahrt und Handel wieder frei würden und die Freiheit der Ostsee wiederhergestellt und gesichert würde. Es könne nach einem Sprichwort niemand länger Frieden haben, als sein Nachbar wolle, auch er, der König, nicht. Der Kaiser habe sich selbst gegen ihn zum Feinde aufgeworfen, und er müsse sich gegen ihn wehren. Die Lage habe sich so weit entwickelt, daß gar keine Frage mehr sei, ob Schweden in den Krieg eintreten solle oder nicht, sondern welche Gegenmaßnahmen gegen den Kaiser zu treffen seien. Er habe zu diesem Zweck einen Reichstag ausgeschrieben. Sollte der Kriegseintritt befürwortet werden, erwarte er von seinen Ratgebern ihre volle Unterstützung für einen überschweren, langwierigen und harten Krieg, in dem Lob, Ehre und Ruhm nur durch schwere Arbeit, Mühe und Gefahr erworben werden könnten. Die kaiserliche Macht solle man nicht überschätzen, denn selbst den kath. Kurfürsten und Reichsständen mache sich seine große Kriegsmaschine verdächtig. Die Evangelischen seufzten entweder unter seinem Joch oder verlangten nach Veränderung. Er, der König, glaube, es mit den Kaiserlichen aufnehmen zu können. Seine schwedischen Soldaten verehrten ihn. Seine fremden Regimenter beständen aus altgedienten Soldaten, vornehmlich Deutschen, die durch den Krieg ihres Vaterlandes und ihrer Güter beraubt worden seien und von Anfang an gegen den Kaiser gefochten hätten und denen keine Hoffnung mehr übrig sei als die der Waffen. Da der Krieg außerhalb Schwedens zu führen sei, würden sich Mittel und Wege finden, durch die der Krieg wenigstens zum Teil sich selbst ernähren könne. Er selbst sei bereit, sein Leben zum Dienst am Vaterland und zum Wohle der ganzen evang. Christenheit in die Schanze zu schlagen ³⁾.

³⁾ Chemnitz 1 S. 9—23.

Die Meinung des Königs drang endlich durch und erhielt auch in dem zu gleicher Zeit in Schweden abgehaltenen Reichstag die Oberhand. Um die Gerechtigkeit seiner Sache nochmals klarzulegen, wandte er sich erneut an die Kurfürsten und darüber hinaus in einem besonderen Schreiben an den Kurfürsten v. Brandenburg, seinen Schwager, wobei er klar herausstellte, daß er von den Kaiserlichen ohne Kriegserklärung und ohne gerechte Ursache angegriffen worden sei, und daß ihr Bestreben eindeutig darauf hinausginge, die Unterdrückung der weltlichen und religiösen Freiheit auch über Deutschland hinaus auszudehnen. Da er jetzt im Kaiser seinen Hauptgegner erblickte, nahm er mit Polen Verhandlungen auf, und es kam am 6. Oktober 1629 durch Vermittlung Richelieus zu einer sechsjährigen Waffenruhe mit Polen. Jetzt war nur noch die Frage, ob man noch den Ausgang der von Dänemark betriebenen Verhandlungen zu Danzig abwarten sollte. Dagegen sprach, daß durch weiteren Aufschub die kaiserliche Macht verstärkt würde, und da Schweden gerade gerüstet und der Ausgang der Verhandlungen zweifelhaft war, beschloß man, deren ungeachtet die Waffen auf deutschem Boden einzusetzen und „unter Schild und Helm“ weiter zu verhandeln.

Während Schweden für die Danziger Zusammenkunft den Kanzler und damaligen Generalgouverneur für Preußen Axel Oxenstjerna, den Reichsschatzmeister Gabriel Oxenstjerna, Karl Banér und Peter Sparre abgeordnet hatte, sandte der Kaiser allein Karl Hannibal zu Dohna, was beim König von Anfang an die Unterredung nicht als sehr aussichtsreich erscheinen ließ. Aus formalen, von den Dänen geltendgemachten Gründen kam es auch garnicht erst zum Verhandlungsbeginn. Nachträglich teilten die Dänen den Schweden streng vertraulich mit, daß die Verhandlungen schon mangels ausreichender Vollmacht des kaiserlichen Vertreters gleich am Anfang gescheitert wären.

Bevor Gustav Adolf deutschen Boden betrat, ließ er die Ursachen seines Kriegseintritts veröffentlichen und richtete an sämtliche Kurfürsten ein Verwahrungs schreiben. Eine feierliche Erklärung des Kriegseintritts gegenüber dem Kaiser hielt er nicht für erforderlich, da es sich für ihn um eine Veteidigungsmaßnahme handelte⁴⁾.

Am Mittsommertag 1630, gerade 100 Jahre nach Übergabe des Augsburgischen Bekenntnisses, landete er auf Usedom. Seine Kriegsziele hinsichtlich Deutschlands äußerte er in Briefen an den schwedischen Reichskanzler und den Reichsrat: „Wir sind der Meinung, daß kein Vergleich abgeschlossen werden kann, es sei denn, daß für ganz Deutschland ein neuer Religionsfriede eingegangen und bestätigt werde und unsere Nachbarn in den vorigen Stand gesetzt werden, so daß wir durch ihre Sicherheit sicher sein können.“ Zur Verwirklichung dieser Ziele sollte der Kaiser in seinen Erbländen angegriffen werden, um ihn seiner eigenen Mittel zu berauben und der Kontributionen, die er von den evang.

⁴⁾ a. a. O. S. 24—37.

Glaubensgenossen erpreßte, und die ganze Kriegslast sollte der päpstlichen Geistlichkeit auferlegt werden. Von den einzusetzenden Armeen sollten zwei unter Gustav Horn und Teufel die Herrschaft über die Oder sichern, und eine davon sollte in Schlesien eindringen⁵⁾.

Den evang. Reichsständen hatte der Kriegseintritt Schwedens einen neuen Antrieb gegeben. Je mehr ihnen der Kriegsverlauf Klarheit über die absolutistischen und restaurativen Ziele des Kaisers verschaffte, desto mehr sannen sie darauf, zu einem einheitlichen Vorgehen zu gelangen, und selbst den schwachen, auf die Durchsetzung eigener Pläne bedachten Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg gab die Entwicklung zu immer mehr Bedenken Anlaß, und der erste schrieb schließlich für den 16. Februar 1631 einen Konvent aller evang. Reichsstände nach Leipzig aus, wobei er auf Grund der drohenden Gefahren sogar die Reformierten nicht vergaß, um zu beraten, wie man die deutsche Libertät und deren religiöse und profane Freiheiten wahren könne. Überdies führte Gustav Adolf mit den dort Versammelten Geheimverhandlungen zu dem Zweck, sie zu einem größtmöglichen Zusammengehen zu veranlassen. Besonders lag ihm daran, den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen. Zu einem praktischen Ergebnis kam der Konvent allerdings nicht, und auch der sächsische Kurfürst konnte sich trotz guter Einsichten nicht zu einem festen Entschluß aufraffen. Erst als ihn der Kaiser allzusehr gedemütigt und Tilly Leipzig zur Übergabe gezwungen hatte, suchte der Kurfürst Verbindung mit dem König, um Land und Leute zu retten, und schloß am 11. September 1631 mit ihm ein Bündnis, worin sie sich verpflichteten, gegen alle beiderseitigen Feinde zusammenzuhalten und ohne Zustimmung des anderen weder zu verhandeln noch Frieden zu schließen. Gustav Adolf sollte die Leitung übernehmen⁶⁾.

Ein hochwichtiges Anliegen des Königs war, scharfe Disziplin zu halten und Übergriffe der Soldaten gegen die Zivilbevölkerung zu vermeiden. Die Schweden sind in Deutschland wegen ihrer barbarischen Ausschreitungen im 30jährigen Kriege in Verruf gekommen. Aber abgesehen davon, daß die Söldner der anderen auf deutschem Boden kämpfenden Staaten sich an Ausschreitungen nicht übertreffen ließen, muß man berücksichtigen, daß die unter den siegreichen schwedischen Fahnen Dienenden einschließlich der Offiziere meist aus Fremden, vor allem Deutschen, bestanden, und darauf ist auch die Rede abgestimmt, die Gustav Adolf am 7. September 1631 an seine Offiziere hieß und worin er ihnen vorwarf, daß sie dergl. Räubereien und Plündereien gestatteten, . . . „welche sowohl Gottes Mißfallen, Zorn und Strafe als der Menschen Unwillen, Widerwillen und Haß erregten; ihrem Vaterlande, dem sie die höchste Treue schuldig, alle Untreue und Frevel erwiesen und ihre Glaubensgenossen, zu deren Schutz sie die Waffen in die Hand genommen, selbst aufs äußerste ruinierten, verheerten und verderbten. Er hätte viel redliche, tapfere

⁵⁾ Gejer S. 176/7.

⁶⁾ Chemnitz 1 S. 133—138, 202/3

Leute, die er mit sich aus seinem Reich geführt, in diesem Krieg eingebüßt, ja sein königlich Blut, Leib und Leben für sie und ihre Freiheit, für ihre zeitliche und ewige Wohlfahrt aufs Spiel gesetzt. ... Jetzt aber müsse er hören, daß sie ihm und seinem Heere einen solchen bösen Namen machten und man öffentlich sage: Der König, der unser Freund ist, tut uns mehr Schaden und Überlast als unsere Feinde. Er bitte sie um Gottes Barmherzigkeit willen, sie möchten doch in ihr eigenes Herz und Gewissen gehen, ihrer Seelen Seligkeit und ihre zeitliche Ehre betrachten und erwägen, wie sie solches vor aller ehrbaren Welt und dermal vor dem gestrengen Richterstuhl Gottes zu verantworten gedachten.“ Gustav Adolf hat sich auch beim Feinde und bei seinen Verbündeten für die allgemeine Wahrung einer strengen Disziplin eingesetzt⁷⁾.

Die Zeit bis zur Schlacht bei Breitenfeld war für den König sehr schwierig, da er nicht wußte, ob er Sachsen und Brandenburg als Freunde oder Feinde zu betrachten habe. Schon die für die protestantische Sache so wichtige Reichsstadt Magdeburg war gefallen, weil Sachsen ihm den Weg zum Entsatz der von 24 000 Kaiserlichen belagerten Stadt versperrte und diese den Verhandlungen mit Tilly vertraute, und 2000 schwedische Soldaten mit ihrem Kommandanten fielen, weil sie es ablehnten, katholisch zu werden. „Die deutsche Nation“, so schreibt der König, „ist nun so unstät geworden, daß die Leute den einen Tag den einen, den andern Tag einen andern Herrn suchen“. Sein Heer litt an Nachschubmangel und war gezwungen, sich aus den besetzten Gebieten zu verspälen. Erst als Tilly in Sachsen einfiel und die sächsische Neutralität zerstörte, besserte sich seine Lage. Während seines Aufenthalts in Mainz zu Jahresbeginn 1632 legte er Bayern und anderen katholischen Ständen seine Forderungen zur Herstellung des Friedens in Deutschland vor, darunter Freiheit für beide Religionen, unangefochten und ohne Gewissenszwang; Wiederherstellung Böhmens, Mährens und Schlesiens im alten Zustand, Zurückrufung aller Flüchtlinge. Was seine letzte Forderung, seine Wahl zum Römischen König, betrifft, so erklärten die Nürnberger, daß sie keinen Besseren und Gesegneteren wüßten als Gustav Adolf. Er war, vom Standpunkt Sachsens und Brandenburgs abgesehen, das anerkannte Haupt des protestantischen Deutschland. Die Friedensbedingungen des schwedischen Senats lauteten u. a. auf Religionsfreiheit, Restitution der Evangelischen, Bund zwischen den deutschen evang. Ständen und dem König von Schweden unter seiner Leitung, Abtretung von Schlesien und der Lausitz an Sachsen und Brandenburg. Sicher scheint, daß das Reich unter seiner Führung den Religionsfrieden erlangt hätte, und die Worte, die sein Hofprediger Dr. Jakob Fabricius nach der Befreiung Augsburgs in der St. Annen-Kirche predigte, waren ganz im Sinne des Königs. ... „Mit blutdürstigem Vergelten halten wir's im geringsten nicht, weil es ganz unchristlich ist, die Leute um der bloßen Ketzerei zu töten. Wer dem rechten Glauben nicht will ungezwungen beipflichten, der mag es lassen, und

7) a. a. O. S. 404.

den darf man nicht durch gewaltsame Mittel dazu zwingen. Sintemalen Gott spontanes Bekenntnis fordert, und ein jeglicher wird selbst dem Herrn dafür Rechenschaft ablegen müssen, wie oder was er geglaubt hat.“ (24. April 1632). In München, der Hauptstadt seines Feindes Maximilian, wo er im Mai in Begleitung des unglücklichen Winterkönigs mit einer kleinen Mannschaft einzog, duldet er keinerlei Übergriffe. Er legte auch den Grundstein zum Heilbronner Bund, der nach seinem Tode von den Protestantenten der 4 oberen Kreise geschlossen wurde ⁸⁾.

In Schlesien hatte Gustav Adolf die Ereignisse wohl verfolgt und er wußte, daß er dort eine seinen Unternehmungen wohlgesinnte Bevölkerung finden würde, konnte aber wegen der Unentschlossenheit der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg seinen bereits 1630 gefaßten Entschluß, in Schlesien einzufallen, erst im Sommer 1632 verwirklichen. Während er bei Fürth lag, wurde der kurbrandenburgische Oberst Konrad v. Burgsdorff abgefertigt, der wegen der Verbindung der schwedischen und brandenburgischen mit den sächsischen Truppen und eines Marsches nach Schlesien verhandelt hatte. Dort war der sächsische Feldmarschall v. Arnim eingefallen und hatte am 17. Juli Glogau erobert, wo der schwedische Kommandierende an Oder und Warthe Jakob Mac Duval, ein Irländer, mit den brandenburgischen Truppen zu ihm stieß. Am 27. August erstürmten die vereinigten Truppen die Steinauer Schanzen und die Stadt, und die Kaiserlichen zogen sich auf Breslau zurück, ohne den Einlaß in die Hauptstadt zu erreichen, trotzdem der dort weilende Karl Hannibal v. Dohna sie eines andern versichert hatte. Als dieser mit dem Herzog Wenzel v. Bernstadt vom Walle aus die einander gegenüberliegenden Heere betrachtete und aus Vergnügen ein Geschütz auf die evang. Armee abfeuern ließ, konnte er sich nur mit Mühe vor dem Zorn der Bürger retten. Bald zogen sich die Kaiserlichen auf Oppeln und Cosel zurück ⁹⁾.

Die Unentschlossenheit des sächsischen Kurfürsten und das undurchsichtige Verhalten der sächsischen Heerführer bewog die Schlesier, vorsichtig zu sein und ihr Vertrauen mehr und mehr den Schweden zuzuwenden. Auch nach dem Zusammenschluß der sächsischen mit den schwedisch-brandenburgischen Truppen fehlte die erforderliche Entschiedenheit, die sich die günstige Stimmung zunutze gemacht hätte. Als Arnim am 9. August von Herzog Georg Rudolf die Aufnahme einer Garnison in seine Residenzstadt verlangte und unter Berufung auf den Dresdener Akkord als Zweck der Maßnahme die Befreiung Schlesiens vom religiösen Druck bezeichnete, lehnte der Herzog es ab, wie er kurz vorher den kaiserlichen General Illo abgewiesen hatte ¹⁰⁾). Auch Breslau konnte sich mit Rücksicht auf die schlechten Erfahrungen zum Abfall nicht entschließen, trotzdem Gustav Adolf schon im Oktober 1632 den jetzt in schwedischen

⁸⁾ Gejer S. 181—186, 205/6, 210/11.

⁹⁾ Chemnitz 1 S. 405, 408/9, 412, 415, Grünhagen S. 231.

¹⁰⁾ Palm S. 233—235.

Diensten stehenden Herrn v. Kochtitzki entsandt hatte, um Schlesien zu einem Bündnis mit Schweden zu bewegen. Auch Johann Christian v. Brieg hielt sich zurück, gedrängt von seinem Schwager Hans Ulrich v. Schaffgotsch, der jetzt als kaiserlicher General unter Wallenstein diente¹¹⁾.

Als der Kaiser den Tod Gustav Adolfs vernahm, ließ er das Tedeum singen und Freudenschüsse abfeuern. Dasselbe geschah in Bayern und den anderen kath. Ländern Deutschlands, den spanischen Niederlanden und in Spanien. Die kath. Welt glaubte, daß, nachdem nunmehr das Haupt der Evangelischen fehlte, das Blatt sich wenden würde, zumal man überzeugt war, jetzt die deutschen Reichsstände untereinander und von den Schweden trennen zu können. Aber auch unter den Evangelischen gab es einige, denen der schwedische Einfluß bereits zu groß geworden war. Sie alle sollten sich jedoch täuschen. Der König hatte für den Fall seines vorzeitigen Ablebens vorgesorgt. Der Reichskanzler Axel Oxenstjerna, der nunmehr die Geschicke Schwedens leitete, eine Persönlichkeit von universaler Bildung und durchdringenden Geistesgaben, war wie kein anderer geeignet, die Geschicke Schwedens und des deutschen Protestantismus zu lenken, und er ging sogleich daran, den Vorschlag des Königs zu verwirklichen und die Einigung der Evangelischen voranzutreiben. Er lud die oberen 4 Reichskreise nach Ulm ein, um mit ihnen eine Konföderation abzuschließen in der Hoffnung, daß Sachsen, Brandenburg und die anderen evang. Reichsstände des Ober- und Niedersächsischen Kreises folgen würden. Vorerst ließ er sich in Schweden neue Vollmachten erteilen, und seine Regierung ernannte ihn zum Legaten mit unbeschränkter Gewalt und höchster Autorität innerhalb und außerhalb Schwedens, Krieg zu führen und Bündnisse und Frieden zu schließen. Seinen Instruktionen gemäß sollte er sich um ein Bündnis mit den Reichsständen bemühen, um den Krieg in Einigkeit und zu aller Zufriedenheit zu beenden. Sollte er etwas zum Nutzen Schwedens erlangen können, so wäre es gut, doch sollte dies bis zu den allgemeinen Friedensverhandlungen hinausgeschoben werden. Sollte er jedoch feststellen, daß weder von den Evangelischen noch den anderen Reichsständen eine gebührende Zufriedenstellung Schwedens zu erreichen sei und es mit Undank belohnt würde, sollte er Frankreich, England und Holland mit ins Spiel bringen und ihnen sowohl wie deutschen Reichsständen Interessen im Reiche zubilligen. Schweden selbst solle sich so lange zwischen Elbe und Oder festsetzen, bis es angemessene Friedensbedingungen erhalte. Auf jeden Fall sei es besser, sich mit Gewalt aus Deutschland treiben zu lassen als Schaden und Spott auf die Nation zu laden¹²⁾.

Um die Evangelischen für ein Zusammengehen zu gewinnen, traf der Kanzler am 28. Dezember 1632 in Dresden ein, da er sich mit dem sächsischen Kurfürsten als dem wichtigsten Reichsstand ins Vernehmen setzen wollte. Sein

¹¹⁾ Grünhagen S. 236, 239/40, Palm S. 238—242.

¹²⁾ Chemnitz 2 S. 4/5, 10—13.

Vorschlag war, die Evangelischen entweder unter seiner Leitung operieren oder die Reichsstände sich nach Belieben seiner oder des Kurfürsten Directorium unterordnen zu lassen, bei beiderseitiger Zusammenarbeit. Ungeachtet aller Bemühungen konnte der Kurfürst nicht zu einem klaren Entschluß gebracht werden, vielmehr verwies er auf die Notwendigkeit, erst mit dem Kurfürst v. Brandenburg zu konferieren, worauf sich Oxenstjerna nach Kölln an der Spree aufmachte, wo er am 6. Februar 1633 eintraf. Der Brandenburger hatte selbst an ihn geschrieben, da er ein Zusammengehen der beiden evang. Kurfürsten mit Schweden für notwendig hielt. Er hieß die Vorschläge Oxenstjernas gut und erbot sich, mit dem Kurfürsten von Sachsen zu reden und die 4 oberen Reichskreise, d. h. den fränkischen, schwäbischen, ober- und nieder-rheinischen Kreis, zum Bündnis zu ermutigen. Da dem Kanzler in Brandenburg vielfältige Klagen über die Übergriffe seiner Soldaten zu Ohren kamen, erließ er ein strenges Patent, das die eigenmächtige Einquartierung, Plünderung und sonstige Gewalttaten unter strengste Bestrafung durch brandenburgische Behörden stellte, und ordnete einen Sonderbeauftragten zum brandenburgischen Hofe ab ¹³⁾.

Die bei der Beratung der beiden Kurfürsten in Dresden vorgebrachten Friedensvorschläge waren im ganzen für die evang. Interessen zufriedenstellend. Der Brandenburger führte an, man müsse sich Böhmens etwas mehr annehmen und auf die Gewährung freier Religionsübung und die gleichberechtigte Zulassung zu öffentlichen Ämtern dringen. Er hatte Sorge, daß sonst Böhmen auch in Zukunft die Quelle von Gährung und Unruhe im Reiche sein würde. Als ständiges Hindernis für eine Vereinheitlichung der evang. Maßnahmen erwies sich die ablehnende Haltung des Sachsen gegen einen schwedischen Oberbefehl, worin er eine Gefährdung seiner kurfürstlichen Staatshoheit und Privilegien und der erhabenen Majestätsrechte erblickte. Dies könnten die Kurfürsten und Stände des Römischen Reichs, das in seiner Freiheit alle anderen übertreffe, nicht zulassen. Hinsichtlich der in Schlesien operierenden Armeen wollte man sich bemühen, zu einer Übereinstimmung zu gelangen, und dann den Kanzler unterrichten. Die brandenburgische Meinung war, es sei besser, sich fremder Hilfe zu bedienen und die Abtretung eines Gebietsteils des Reichs in Kauf zu nehmen, wenn man damit die Verfassung des Reichs erhalten und die Unterdrückung der evang. Religion verhindern könne, und der Erhaltung der Religion und Gewissensfreiheit vor dem Kaiser den Vorrang zu geben ¹⁴⁾.

Aus Schlesien waren zum Kanzler seitens seines Legaten Kochtitzki sowohl wie seitens Duvals Klagen über die mangelhafte Organisation des Kriegswesens gelangt. Dem abzuholen, ernannte er am 19. Februar den mit den Herzögen von Liegnitz und Oels verschwägerten alten Grafen Heinrich Matthias v. Thurn, der sich daselbst großen Rufes erfreute, zu seinem Bevollmächtigten und trug

¹³⁾ a. a. O. S. 13—17, 21/22.

¹⁴⁾ a. a. O. S. 23—26.

ihm die Leitung des schlesischen Staats- und Kriegswesens auf. Er sollte mit den sächsischen und brandenburgischen Generalen eine Zusammenarbeit erreichen, um den Feind von den evang. Landen abzuhalten. Die Sicherheit der märkischen und pommerschen Gebiete sollte allerdings den Vorrang haben, da sich die Schweden keinesfalls die Verbindung mit dem Mutterlande abschneiden lassen durften¹⁵⁾.

Es war Johann Christian v. Brieg, mit dem Kochtitzki ebenfalls mehrfach verhandelt hatte, vorbehalten, eine engere Verbindung Schlesiens zur evang. Armee herzustellen. Im Januar 1633 war die kaiserliche Übermacht in Schlesien so groß geworden, daß die unter Feldmarschall Franz Albrecht v. Sachsen-Lauenburg operierenden Sachsen sich durch Vermittlung Kochtitzkis zu einer Vereinigung mit den Schweden entschlossen. Als die evang. Armee plötzlich vor Brieg erschien, gelang es Kochtitzki, mit dem Herzog erfolgreiche Verhandlungen zwecks Aufnahme einer evang. Besatzung unter dem brandenburgischen Obersten v. Kottwitz zu führen, so daß Schaffgotsch, der seinerseits die Stadt zur Übergabe an den Kaiser aufforderte, unverrichteter Dinge abziehen mußte. Die Generale versprachen, Herzog und Stadt nicht von der Devotion gegen den Kaiser zu entbinden und vor diesem zu rechtfertigen. Georg Rudolf v. Liegnitz wurde von Arnim genötigt, seine Soldaten im Falle der Not für die Evangelischen zu verpflichten und nur eine evang. Besatzung aufzunehmen¹⁶⁾. Die Vereinigung der beiden Heere bei Strehlen, das mit Grottkau anschließend erobert wurde, hinderte aber nicht, daß es zu ständigen Unzuträglichkeiten zwischen beiden Armeen kam.

Am 8. März 1633 traf Thurn in Schlesien ein und ließ sein Generalat allerorts bekanntmachen. Stände und Volk waren der evang. Sache sehr zugetan, nur berührte sie unangenehm das Mißtrauen zwischen Sachsen und Schweden und die Ungewißheit der Leitung. Auch wußten die Stände nicht, wie weit sie sich auf die evang. Mächte verlassen konnten und an wen sie sich halten sollten, zumal niemand sie aus ihrer Devotion gegen den Kaiser zu ziehen begehrte. Auch bedeuteten die evang. Truppen eine immer größere Belastung für die schlesische Wirtschaft¹⁷⁾.

Im März 1633 kam es endlich zu dem von Ulm nach Heilbronn verlegten Zusammentreffen der 4 oberen Kreise mit dem Kanzler. Dieser bemängelte, daß das Bündnis mit Sachsen leider nicht so fest sei, wie es scheine. Die Erfolge der sächsischen Truppen in Schlesien seien so gering, daß sie zu Zweifeln am guten Willen Sachsens Anlaß gäben. Am 23. April 1633 wurde trotz des Widerstandes des sächsischen Kurfürsten, der selbst die Leitung übernehmen wollte, das von Gustav Adolf geplante Bündnis, der Heilbronner Bund, unter dem Direktorium des Kanzlers geschlossen. An demselben Tage wurde das Bündnis

¹⁵⁾ a. a. O. S. 36/7.

¹⁶⁾ Chemnitz 2 S. 55, Palm S. 242/3.

¹⁷⁾ Chemnitz 2 S. 60/1.

zwischen Schweden und Frankreich erneuert, doch wurde auf Anregung des Vertreters Frankreichs, dem Schweden bereits zu mächtig war, dem Kanzler, um seine Wirksamkeit zu beschränken, ein zehnköpfiges „Consilium formatum“ qualifizierter, mit ausreichenden Instruktionen versehener Personen beigeordnet, darunter 3 Schweden, doch sollte die endgültige Entscheidung dem Kanzler zustehen. In jedem Kreis war ein Kreisrat einzurichten, der im Kreise die Aufsicht haben sollte. Kein Konföderierter sollte sich ohne Wissen und Willen von Direktorium und sämtlichen Konföderierten in Friedensverhandlungen einlassen. Diejenigen, die ihrer Beistandsverpflichtung nicht nachkamen oder sogar sich in gefährliche Praktiken einließen, sollten zum Feind erklärt werden. Um die Wirksamkeit des Kriegswesens auf ein Höchstmaß zu bringen, sollten das Heer reformiert, die überflüssigen Regimentsstäbe eingezogen, die Kriegsdisziplin wiederhergestellt und übertriebene Forderungen der Soldaten abgeschafft, bei Einquartierungen und Durchzügen gute Ordnung gehalten und dabei die Konföderierten möglichst verschont werden. Zum Schluß wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß auch andere Reichsstände und ausländische Mächte dem Bunde beitreten mögen. Der Vertrag wurde den anderen evang. Reichsständen, vor allem dem Kurfürsten v. Sachsen, bekanntgemacht. Der Bund verhandelte auch mit England und Holland, um sie wenigstens zur Zahlung von Geldhilfe, und mit Fürst Rakoczy v. Siebenbürgen, um ihn zum militärischen Eingreifen zu veranlassen¹⁸⁾. Es kennzeichnet den die evang. Seite lähmenden Kleingeist, daß kaum, nachdem die Schweden die Pfalz den Erben Friedrichs V. zurückeroberthatten, die Reformierten die Lutheraner zu verfolgen und ihnen die von Gustav Adolf übergebenen Kirchen zu nehmen begannen, so daß der Kanzler einschreiten mußte¹⁹⁾.

Oxenstjerna war sich klar darüber, daß er in der Kriegsführung in Schlesien mangels einer festen Bindung der anderen dort operierenden Mächte zu Schweden sehr vorsichtig sein mußte, um bei den vorhandenen Empfindlichkeiten nicht Mißtrauen zu erzeugen und Anlässe zum Zwiespalt zu vermeiden. Als er vernahm, daß dem sächsischen Hof die Mission des Grafen Thurn mißfiel, weil man darin eine Beschneidung des sächsischen Oberkommandos erblickte, beruhigte er ihn, daß die Vollmacht des Grafen sich nur auf das schwedische Heer erstrecke und daß er ihn angewiesen habe, im Falle militärischer Vereinigung dem sächsischen Befehlshaber zur Verfügung zu stehen, damit aus Eifersüchteleien kein Nachteil für die gemeine Sache erwachse. Streng ermahnte er auch die in Schlesien kommandierenden Offiziere, mit Rücksicht darauf, daß zwischen Sachsen und Schweden fast täglich Mißhelligkeiten entstanden, sich keinesfalls in nebensächliche Dispute und Streitigkeiten, die nicht das Hauptwerk betrafen, einzulassen und keinen Anlaß zur Eifersucht zu geben²⁰⁾.

¹⁸⁾ Chemnitz 2 S. 62—82, Gejer S. 278/9.

¹⁹⁾ Gejer S. 283.

²⁰⁾ Chemnitz 2 S. 95.

Das Fehlen von Instruktionen für den um Schweidnitz lagernden Franz Albrecht behinderte die Kriegsführung der Verbündeten, und seine Aktivität beschränkte sich auf die Vernichtung von 8 Kompagnien Kroaten bei Frankenstein. Schließlich entschloß er sich, sich in Dresden selbst Klarheit zu verschaffen, und übergab das Kommando dem Herzog Ulrich v. Holstein. Das Mißtrauen zwischen Schweden und Sachsen nahm immer mehr zu, und die brandenburgischen Truppen hielten sich auf kurfürstlichen Befehl zu den Sachsen. Es kam so weit, daß die Kaiserlichen und Sachsen miteinander verkehrten. Über die Anführer der sächsischen Truppen behauptete man bereits, daß die zwei vornehmsten schon so weit zufriedengestellt seien, daß sie kaum etwas Wichtiges unternehmen würden. Die von Thurn mit Rakoczy geführten Verhandlungen kamen ebenfalls nicht voran. Schließlich führten die Bemühungen des Königs v. Dänemark um einen allgemeinen Frieden dazu, daß Kaiser und kath. Kurfürsten seine Vermittlung annahmen und der König vorschlug, am 23. Juli 1633 in Breslau zur Friedensverhandlung zusammenzutreten²¹⁾.

Im Mai 1633 erschien Wallenstein mit weit überlegener Heeresmacht in Schlesien. Beide Seiten verhinderten einen größeren Zusammenstoß, und am 7. Juni ersuchte er um einen Waffenstillstand. In einer Verhandlung mit Vertretern der 3 Verbündeten erklärte er, er wolle mit der Krone Schweden und den anderen Reichsfürsten einen ewigen Frieden schließen. Da der Kaiser seinen eigenen Frieden wolle, wolle er selbst mit den Evangelischen ein Bündnis schließen und Ferdinand zum Teufel jagen. Er begehrte auch mit dem alten Grafen Thurn zu sprechen, der gerade in Liegnitz krank lag, und dieser begab sich am 10. Juni gern zu ihm, da er wegen seiner böhmischen Landsleute dazu besonderen Anlaß hatte. Denn er wußte sehr wohl, daß die Restitution der böhmischen Exulanten vom Kaiser kaum zu erhoffen war. Auch von Sachsen, Dänemark und den meisten anderen Reichsständen erwartete er nicht, daß sie sich für die Rückkehr der Vertriebenen einsetzen würden. Wallenstein schlug vor, mit Schweden, Sachsen und Brandenburg Frieden zu schließen, und, wenn der Kaiser nicht wolle, ihn dazu zu zwingen, wozu er gute Mittel habe. Alle Privilegien sollten bestätigt, und den Exulanten sollte wieder alles eingeräumt werden, wozu er den Anfang machen wolle. Die Jesuiten sollten als Friedensstörer aus dem Reich verbannt werden. Schweden sollte die eroberten Festungen als Pfand für künftige Entschädigung behalten, Sachsen und Brandenburg sollten ihre Ansprüche fallen lassen. Betreffs seiner eigenen Forderungen verlautete, daß er die böhmische Krone und als Ersatz für Mecklenburg und andere Gebiete Mähren haben wolle. Der sächsische Kurfürst und der Kanzler wurden sofort von dieser Verhandlung unterrichtet²²⁾.

Die dänischen Vorschläge zur Friedensverhandlung in Breslau, der Kaiser und Kurfürst v. Sachsen zustimmten, trafen erst am 22. bzw. 21. Juli in Frankfurt

²¹⁾ a. a. O. S. 111/2, 118.

²²⁾ a. a. O. S. 135/6.

a. M. und Berlin ein. Der Kanzler konnte ohne den Heilbronner Bund nichts beschließen, und verschiedene Bedenken bei ihm und beim Brandenburger bewirkten, daß die Sache keinen Fortgang nahm. Hochwichtige Angelegenheiten veranlaßten ihn schließlich, nach Frankfurt einen Konvent der Konföderierten auszuschreiben. Hinsichtlich der schlesischen Verhandlungen mit Wallenstein hatte er Bedenken, da sie allein vom Friedländer ausgingen und man nicht wußte, ob er alle Offiziere hinter sich hatte. Die Großzügigkeit der Angebote machte sie verdächtig, und es schien gefährlich, sich auf Wallensteins Wort zu verlassen, da man auch mit der Möglichkeit einer Falle rechnen mußte. Er befahl daher Thurn, sich mit den Verhandlungen nicht zu übereilen und ohne sein Wissen keine zu großen Verpflichtungen einzugehen. Wenn Gutes dahinterstecke, würde es noch früh genug an den Tag kommen²³⁾.

Der in Schlesien geschlossene Waffenstillstand wurde indessen verlängert, und am 11. Juni reiste Arnim nach Dresden, von wo er u. a. folgende Friedensvorschläge mitbrachte: Die Liga sollte Schweden alle Unkosten bezahlen und die schwedischen Truppen mit annehmbaren Mitteln aus dem Reiche bringen. Der Kaiser sollte all sein Kriegsvolk aus dem Reich führen und es abdanken. Ferner sollte er die Jesuiten aus seiner Ratsstube und allen Ländern entfernen. Schlesien sollte er als Kriegsentschädigung an die beiden Kurfürsten abtreten, die evang. Religion überall zulassen und wegen der 8 Tonnen Goldes, die er Sachsen schuldete, diesem halb Böhmen und die Oberlausitz erblich einräumen. In der Zwischenzeit besuchte Thurn wieder Wallenstein, der ihn mit großen Ehren behandelte und ihm die völlige Wiedereinsetzung in seine Güter und sonstiges versprach. Zwischen den Offizieren beider Armeen herrschte große Vertraulichkeit. Sie ritten in großer Zahl gemeinsam aus und vergnügten sich. Während Graf Tercky in Striegau Thurn und Gallas mit 6 anderen Generälen Brieg besuchte, hielten sich die evang. Generale vier Tage bei Wallenstein auf, was diesen nicht hinderte, seine Armee zu verstärken und aus Breslau und anderen Orten kaiserliche Werte an sich zu ziehen, wozu ihm die Evangelischen sogar Geleitschutz gaben. Am 3. Juli kamen beide Seiten nochmals in Strehlen zu Verhandlungen zusammen. Da aber Wallenstein plötzlich jedes Weiterverhandeln davon abhängig machte, daß man ihm vorher die Fürstentümer Breslau, Schweidnitz und Glogau einräumte, was der vorherigen Abrede zuwider war, schied man unverrichteter Sache von einander²⁴⁾.

Zu Breslau waren im Juli 1633 die Abgeordneten der Fürstentümer Liegnitz, Brieg und Oels und von Stadt und Fürstentum Breslau versammelt, um zu beraten, wie man der Not des Landes Einhalt gebieten und die ständigen Plünderungen kaiserlicher Soldaten auf dem rechten Oderufer abstellen könne. Schon hatte man den 10. Mann von Landvolk und Ritterschaft aufgeboten und

²³⁾ a. a. O. S. 143—148, 150, 155.

²⁴⁾ a. a. O. S. 167/8.

an die Oderpässe gelegt. Diese Gelegenheit benutzte Arnim, um sich nach Breslau zu begeben und für den 1. August eine starken Ausschuß von Ritterschaft und Stadt und für den folgenden Tag die Deputierten der Fürsten zu sich auf die Dominsel zu entbieten. Dort trug er ihnen vor, was seinen Kurfürsten und andere Evangelische bewogen habe, sich Schlesiens anzunehmen. Nachdem die Gewissensfreiheit so bedrängt worden sei, hätten sich der Kurfürst kraft des Dresdener Akkords und die anderen Alliierten aus Eifer und Mitleid des armen Landes annehmen müssen. Entgegen ihrer Hoffnung hätten sich die schlesischen Fürsten und Stände nicht mit ihnen zusammengetan, wohl weil sie noch günstige Friedensverhandlungen erhofften. Er versichere ihnen aber, daß kein Friede zu erhoffen und für das Land nicht das geringste zu erwarten sei. Denn die Kaiserlichen gingen mit Betrug um, und die Strehlener Verhandlungen hätten sich deshalb zerschlagen, weil man kaiserlicherseits das Land Schlesien nicht mit einschließen wollte. Er könne bei seiner Seele Seligkeit beteuern, daß er aus dem Munde Wallensteins gehört habe, daß alle Fürstentümer, Herrschaften, Güter, ja selbst städtische Häuser verschenkt seien. Der Herzog könne das Land in die Verhandlungen nicht mit einbeziehen, da er sonst keine Mittel hätte, seine Armee zu befriedigen, die bereits speziell darauf vertröstet worden sei. Es gehe also jetzt um jedermanns Hab und Gut, um die Familie und die Landesprivilegien. Daher müsse man sich jetzt rundheraus und kategorisch erklären, ob man an die Seite der Evangelischen treten wolle oder nicht. Er müsse wissen, wessen er sich bei den Ständen und insbesondere bei Breslau zu versehen habe, da er seine Armee nicht aufs Spiel setzen könne und u. U. aus dem Lande gehen müsse. Er gab zu verstehen, daß der Kurfürst durch die nicht angenommene Hilfe seines im Akkord gegebenen Versprechens ledig sein würde und die Stände dies vor Gott, ihrem Gewissen, dem Vaterlande und der Nachwelt zu verantworten haben würden. Andernfalls versichere er ihnen, daß die Krone Schweden und beide Kurfürsten sich für sie bis zum letzten einsetzen würden, und er stellte die Frage, ob sie in den evang. Bund mit eintreten wollten oder nicht²⁵⁾.

Die Abgeordneten konnten sich für diesmal auf nichts festlegen, da sie keine Instruktionen hatten und von den Schweden niemand zugegen war. Bei Fürsten und Ständen stritten die Treue und Ergebenheit, die sie dem Kaiser als oberstem Herzog v. Schlesien schuldeten, mit der Gefährdung ihrer Gewissens- und Profanfreiheiten. Der Glaube an das kaiserliche Wort war geschwunden, nachdem in den oberschlesischen Erbfürstentümern und Herrschaften Oppeln-Ratibor, Troppau, Pless, Oderberg, Beuthen, in Neisse-Grottkau und Jägendorf die evang. Religionsübung ganz und gar beseitigt und die evang. Geistlichen und Lehrer verbannt worden waren und man den Verstorbenen nicht einmal ein Begräbnis in den katholisierten Kirchen und Gottesäckern gönne; nachdem man auch in den niederschlesischen Erbfürstentümern Städte und

²⁵⁾ a. a. O. S. 169—171.

Dörfer durch Zwang, die einzelnen Protestanten auch durch Betrug und Arglist zum Katholizismus gebracht hatte; da in den von Kaiserlichen besetzten Gebieten den Bürgern auch Profanfreiheiten genommen, die Landesprivilegien verletzt worden waren. Unter dem Druck dieser Tatsachen kam es am 9. August 1633 zwischen Herrn v. Fels als Vertreter des schwedischen, Oberst Christoph v. Vitzthum als Vertreter des sächsischen und brandenburgischen Heeres und den Herzögen Johann Christian v. Brieg, Georg Rudolf v. Liegnitz, Karl Friedrich v. Oels und Stadt und Fürstentum Breslau zu einem Vertrag. Als Begründung enthält das Protokoll die zahlreichen Verletzungen des vom Kaiser bestätigten Dresdener Akkords. Die Schlesier nahmen den Schutz der evang. Armee an, allerdings vorbehaltlich der Pflichten gegenüber dem Kaiser. Dieser letzten Klausel maß man die größte Bedeutung bei, um sich für den Fall von Rückschlägen möglichst zu sichern, und erklärte, daß die schlesischen Fürsten mit diesem Abkommen keinesfalls ihren Verpflichtungen gegen den Kaiser und das Königreich Böhmen Abbruch tun und der fürstlichen Treue und Ehre zuwiderhandeln wollten. Eine Erneuerung der Erbverbrüderung mit Kurbrandenburg, die Georg Rudolf vorschlug, wollte Johann Christian Brandenburg überlassen anzuregen. Als Forderungen an die Schutzmächte wurden aufgestellt: ein allumfassender Schutzbefehl, Einschluß Schlesiens in die kommenden Friedensverhandlungen unter Teilnahme schlesischer Gesandter, bessere Behandlung des Landes durch die Truppen, Verlegung des Kriegsschauplatzes und Unterrichtung über alle künftigen Waffenstillstände. Da weder die schwedische Krone noch die beiden Kurfürsten sich geäußert hatten, beschlossen die Schlesier, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen. Inzwischen wollten sie der evang. Armee und ihren Generälen nach äußerstem Vermögen treu zur Seite stehen. Die Generale wiederum versprachen, ihre Kriegspläne auf das Beste des allgemeinen evang. Wesens abzustellen, den Ständen auf Anfordern beizustehen, sie, soweit es in ihren Kräften stehe, keinesfalls im Stich zu lassen und die Exzesse ihrer Soldaten zu unterbinden²⁶). Leider hatte das Bündnis den großen Mangel, der den Schlesiern erst auf Grund der Verhandlungen ihrer Gesandten bekannt wurde, daß nämlich vom sächsischen und brandenburgischen Hof dazu keinerlei Anregung ausgegangen war! Dies war für die Schlesier umso peinlicher, als die ständigen Verhandlungen Arnims mit Wallenstein Besorgnisse hinsichtlich der Beständigkeit des Bündnisses nährten. Auch dessen realer Hintergrund, die evang. Truppen mit Geld und Nachschub zu versehen, machte ihnen schwer zu schaffen. Denn auch die schwedischen Generale Thurn und Duval erschienen jetzt mit hohen Forderungen²⁷).

Wallenstein bemühte sich wieder einmal um einen Waffenstillstand, was für die Evangelischen umso auffallender war, als er zweimal so stark war wie seine Gegner. Am 22. August schloß er ihn mit Arnim und Thurn auf 4 Wo-

²⁶⁾ Chemnitz 2 S. 171/2, Palm S. 248—251.

²⁷⁾ Palm S. 257.

chen ab. Hauptbestimmung war, daß in den Landen des Kaisers und der beiden evang. Kurfürsten keine feindliche Handlung vorgenommen werden durfte. Nach Ende des Stillstandes sollten für weitere 3 Wochen keine Kampfhandlungen in Schlesien stattfinden. Die Aussichten für die bis auf ein Drittel zusammengeschrumpfte evang. Armee, sich zu erholen, waren schlecht. Denn das Land befand sich auf Grund der ständigen Ausplünderungen durch Feind und Freund in einem jämmerlichen Zustand. Ebenso wie die Kaiserlichen, die von ihrem Quartier in Pöpelwitz das Land ausplünderten, waren auch die Verbündeten überall, wo sie hinkamen, böse Gäste. Dazu herrschte im Lande die Pest. Unter diesen Umständen wußten sich die Evangelischen nicht anders zu helfen, als an den Reichskanzler und beide evang. Kurfürsten Gesandte abzufertigen. Am 30. August wiederholten die zu Oxenstjerna gereisten Christoph v. Zedlitz, Landeshauptmann des Fürstentums Liegnitz, und Andreas Lange, Rat der Herzöge von Brieg und Liegnitz, ihren am 9. August gefaßten Beschuß, betonten aber nachdrücklich und feierlich, daß es nicht ihre Absicht sei, sich ihrer Pflichten gegen den Kaiser zu begeben und die verfassungsmäßigen Verbindungen mit dem Königreich Böhmen zu präjudizieren, daß sie aber mit der Krone Schweden und der sächsischen und brandenburgischen Armee und ihren Fürsten treu zusammenarbeiten und so zusammenwirken wollten, wie es zum Wohle des evang. Wesens möglich, recht und billig sein würde. Sie seien von Herzen entschlossen, die Hand treu an das Werk zu legen. Von Schweden erhofften sie, es würde die evang. Stände Schlesiens gegen alle ihnen drohenden Feindseligkeiten und die Störung in der Religionsübung und die Verletzung von Majestätsbrief und Privilegien sichern, bei den Friedensverhandlungen das Land Schlesien und seine evang. Stände und Untertanen einschließen und zu bestmöglichster Durchsetzung der schlesisch-evang. Interessen schlesische Vertreter zu Rate ziehen. Zur Kriegsführung beizutragen, seien sie infolge der unaufhörlichen Kontributionen, Einquartierungen, Musterungen, Durchzüge und die mit Plündern, Sengen, Wegnahme von Vieh, Getreide und Haustrat verbundenen Einfälle der Soldateska beider Armeen und der daraus folgenden Erschöpfung des Landes nicht in der Lage²⁸⁾.

Oxenstjerna sprach den Gesandten seine Befriedigung über die Konjunktion aus und gab ihnen sein Wort, daß sich die evang. Verbündeten und vor allem die Schweden Schlesiens unbedingt annehmen würden. Er wies sie an den unter dem Grafen zu Solms tagenden Ausschuß des Heilbronner Bündnisses, das Consilium formatum, wo man sie, nachdem es über die besonderen Verfassungsverhältnisse Schlesiens aufgeklärt worden war, über die Verhältnisse unter den evang. Verbündeten unterrichtete; daß namentlich Kursachsen Schweden das Direktorium nicht gönnen und daher dem Bunde abseits stehe. Besonderes Gewicht legte man darauf, daß Schlesien den Vorbehalt der Ergebenheit gegen den Kaiser fallen lassen müsse, da sonst die deutsche Freiheit

²⁸⁾ Chemnitz 2 S. 214—216.

nicht erhalten werden könne. Auch müsse man zu Opfern bereit sein. Wie die Gesandten nachwiesen, war die Ergebenheitsklausel auf Wunsch von Arним in die Konjunktionsbestimmungen aufgenommen worden, der sich dabei auf den gleichen Vorbehalt im Leipziger Schluß bezog. Man könne auch dem Kaiser, der ihre rechtmäßige Obrigkeit sei, den Gehorsam nicht aufsagen, solange nicht andere ihr Land erobert hätten, doch würde dadurch das Bündnis nicht beeinträchtigt. Da sie ohne Instruktionen waren, konnten sie den Anschluß an den Heilbronner Bund nicht vollziehen, rieten aber den schlesischen Ständen, denen sie eine Abschrift des Bundesvertrages schickten, sich dem Bündnis anzuschließen, ebenso traten sie, da jetzt die Unglücksnachrichten aus Schlesien eintrafen, in Frankfurt für die Errettung des Landes ein. Auch Graf Brandenstein, der Vertreter des Kanzlers, machte ihnen Hoffnungen, forderte aber Geld und Truppen, an Stelle des Bargeldes gegebenenfalls gültige Anweisungen. In einer zweiten Audienz ermutigte sie Oxenstjerna, die Hoffnung nicht aufzugeben, warnte aber davor, sich auf Sachsen zu verlassen, das sich zwar für die evang. Religion in den böhmischen Ländern eingesetzt habe, für ihre Befreiung von der kaiserlichen Botmäßigkeit aber nichts tun wolle. Ihm jedoch sei es sehr wichtig, den Zustand zu beseitigen, daß fast der vierte Teil Deutschlands unter aufgezwungenem Juche lebe²⁹⁾.

Während die schlesischen Gesandten ihr Bestes taten, zerschlug sich in ihrer Heimat der Waffenstillstand. Es erwies sich, daß der Friedländer ihn nur eingegangen war, um Zeit zu gewinnen, seine Truppen zu verstärken und den sächsischen Kurfürsten, von dessen Kriegsmüdigkeit er wußte, von den anderen Evangelischen abzuziehen, und es wurde eine spöttische Äußerung Wallensteins bekannt, es sei seine Art, wenn er nicht anders könne, einen Waffenstillstand zu schließen, bis er mit Vorteil dem Gegner an den Hals gehen könne. Dennoch riß der Faden zwischen Wallenstein und den Evangelischen nicht ab. Am 11. September traf Arnim mit Oxenstjerna in Gelnhausen zusammen, wo er ihn davon unterrichtete, daß der Friedländer aus verschiedenen Gründen gegen den Wiener Hof verdrossen sei und willens sei, sich erkenntlich zu zeigen, wenn er wüßte, daß er von den Evangelischen auf jeden Fall Hilfe erwarten könnte. Der Kanzler konnte auch jetzt nur dem Friedländer erwidern lassen, daß, wenn er seine Pläne fortsetze, er an Beistand nicht zu zweifeln brauchte. Um aber über die wahren Absichten Wallensteins Gewissheit zu erlangen, sandte er einen Sonderbeauftragten nach Schlesien. Sollte dieser Wallensteins geäußerte Absichten für echt erachtet, so sollte er ihn des Kanzlers Beistandes versichern. Oxenstjerna traute Wallenstein nach wie vor nicht, da seine Großzügigkeit ihm verdächtig war, und meinte, man müsse sich vor untreuen Freunden ebenso wie vor Feinden in Acht nehmen³⁰⁾.

29) Palm S. 262/3.

30) Chemnitz 2 S. 191—193, 217.

Als Arnim wieder in Schlesien eintraf, ließ ihm Wallenstein bedeuten, er meine, daß doch kein anständiger Friede gemacht werden könne, bis die Ausländer vom Reichsboden weggeschafft seien. Daher sollten sich Sachsen und Brandenburger mit ihm verbünden und sich auf die Schweden werfen. Dann könnten sie einen Frieden nach Belieben machen. Ende September zog Arnim, da er seine Truppen nicht mehr unterhalten konnte, nach Sachsen, ab, von Wallenstein gefolgt, während der Herzog v. Brieg am 7. Oktober eine Zusammenkunft nach Groß-Strenz bei Winzig einberief, um mit den bei Steinau lagernden Schweden wegen der Verpflegung ihrer Armee und besserer Kriegsdisziplin zu verhandeln³¹⁾. Für Wallenstein war die Versuchung zu groß, Anfang Oktober plötzlich die Verfolgung der Sachsen abzubrechen und im Eilmarsch am 11. Oktober völlig unerwartet oberhalb Köbens die Schweden zu überfallen und aus den Steinauer Schanzen zu vertreiben, nachdem Schaffgotsch als General der kaiserlichen Kavallerie den Oderübergang zwischen Steinau und Glogau erzwungen hatte. Die Lage war so hoffnungslos, daß Thurn sich in der halbstündigen Bedenkzeit zum Akkord entschloß. Er und sämtliche Offiziere bis zum Kapitän waren frei, alle übrigen mußten unter Wallenstein Dienst nehmen. Nicht einmal dieser harte Akkord wurde gehalten, und unter einem Vorwand wurden Thurn, Duval und die meisten anderen höheren Offiziere verhaftet, Thurn allerdings nur für 8 Tage, während Duval entfloh. Beide Generale mußten aber an die Kommandanten der von den Evangelischen besetzten Plätze Befehle ausfertigen, die deren Übergabe an Wallenstein vorsahen. Am 16. Oktober fiel Liegnitz, am 18. nahm Wallenstein Glogau, nachdem er gedroht hatte, im Falle eines Widerstandes Duval aufzuhängen, am 19. Frankfurt a. O., am 30. Görlitz³²⁾.

Jetzt wollte Wallenstein die Wirkung seiner Siege ausnutzen, und am 19. Oktober forderte er Herzog Franz Albrecht auf, mit ihm die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der Vergleichsentwurf, den Franz Albrecht beiden Kurfürsten zur Genehmigung vorlegte, sah vor, daß die Heere beider Fürsten mit dem Wallensteins unter seinem Kommando vereinigt werden sollten, und daß diese Macht den Religions- und Profanfrieden, wie er zu Zeiten Rudolfs und Matthias' bestanden hatte, wiederherstellen und erhalten sollte. Der Kurfürst v. Brandenburg argwöhnte, daß die Sache nur daraus hinauslief, beiden Kurfürsten die Macht aus den Händen zu spielen, sie mit den Schweden zu entzweien, deren Beistandes zu berauben und so ihre Staaten unter die Abhängigkeit des Feindes zu bringen. Daher erklärte er, daß er den Zweck eines heilsamen Friedens sehr hoch einschätze, daß aber mit dieser Art eines Vergleichs der angestrebte Zweck nicht erreicht werden könne, und er müsse darüber erst mit Sachsen und den anderen Verbündeten verhandeln, weshalb er einen einmonatigen Waffenstillstand vorschlug³³⁾.

³¹⁾ a. a. O. S. 218.

³²⁾ a. a. O. S. 271/2.

³³⁾ a. a. O. S. 273/4.

Während Wallenstein in der Lausitz und der Mark Brandenburg vorrückte, war das Bemühen von Schaffgotsch, die festen Plätze in Nieder- und Oberschlesien zu unterwerfen, von Mißerfolg begleitet, wobei ihm auch die von Thurn und Duval unterschriebenen Befehle nichts halfen. Die von Schweden und Sachsen verteidigte Breslauer Dominsel lehnte ab mit der Begründung, daß sie an Befehle der Unterzeichner, die keine Handlungsfreiheit besaßen, nicht gebunden seien. Ohlau mit Schloß besetzte er durch Akkord, hielt diesen aber nicht, sondern nahm den Kommandanten gefangen und steckte die Soldaten in sein Heer. Die Kommandanten von Brieg, Namslau und Oppeln wiesen die Aufforderung zur Übergabe ab. Auf Grund der gefährlichen Lage begaben sich die Herzöge von Liegnitz und Brieg, von einer Eskorte des polnischen Grafen Raphael Leszno³⁴⁾ begleitet, nach Thorn, das damals eine protestantische Hochburg war, wo sie für 250 Taler halbjährlich ein Haus mieteten. Georg Rudolf ging im nächsten Frühjahr nach Danzig. Von dort äußerte er sich voll Sarkasmus über die Ausplünderung seines Schlosses in Parchwitz durch den kaiserlichen Obersten Götz, der sogar seine mathematischen Instrumente mitgenommen habe. Verhandlungen von Schaffgotsch mit der Stadt Breslau waren nur teilweise erfolgreich, da er ihnen Freiheit von Einquartierung und Religionsfreiheit nicht garantieren konnte. Doch kündigte sie der Dominselbesatzung die Verpflegung und den Verkehr mit der Stadt auf^{35).}

Am 5. Dezember erteilte Oxenstjerna den schlesischen Gesandten seinen Bescheid. Er habe kein Bedenken, mit den Schlesiern über ihre Resolution eine endgültige Verhandlung zu führen. Er erbiete sich, Herzog Bernhard v. Weimar in Bayern zu einer Entlastungsoperation zu veranlassen, um die Last des Krieges ganz oder teilweise von den schlesischen Landen zu nehmen. Er ge- denke, den schlesischen Ständen auch künftig die nötige Hilfe zu leisten und dazu ein neues Korps unter General Banér aufzustellen in der Zuversicht, die evang. Stände würden sich zu einem wirklichen Bündnis mit jeder möglichen Hilfeleistung bereitfinden und sich auf keine gefährlichen Verhandlungen ein- lassen. Er wolle auch den beiden evang. Kurfürsten und den anderen evang. Ständen die Befreiung Schlesiens vom Feinde anempfehlen und, wenn es zu Friedensverhandlungen käme, für die Zulassung ihrer Abgeordneten eintreten. An die Stadt Breslau sandte er ein besonderes Schreiben: Sie möchte in dieser besonderen Lage den Mut haben, bei dem einmal gefaßten Entschluß zu bleiben und am allgemeinen notwendigen Rettungswerke zu ihrem Ruhm und Nutzen mitzuarbeiten, ihre ansehnliche, wohlberühmte und zu genugsamem Widerstande fähige Stadt vor der Unterwerfung zu schützen, feindlichen Einflüsterungen keinen Raum zu geben und sich notfalls bis zum Eintreffen von Entspan zu verteidigen. Sie könne sicher sein, daß er und die verbündeten

³⁴⁾ Leszno = Lissa. Die evang. Grafen v. d. Lissa sind mehr unter dem Namen Leszczynski bekannt. Ihr bekanntester Vertreter ist König Stanislaus Leszczynski.

³⁵⁾ Chemnitz 2 S. 276, Krebs S. 277/8.

evang. Stände nichts unterlassen würden, was zur Wiedererlangung der verlorenen und zur Erhaltung der verbliebenen Orte dienlich sei³⁶⁾). Ein in ähnlichem Sinne gehaltenes Schreiben übergab er den Gesandten in der Abschiedsaudienz vom 3. Dezember für die Herzöge mit dem Wunsche, mit diesen persönlich in Brandenburg zu verhandeln, wohin er sich begeben wollte, um den Kurfürsten zum Anschluß an den Heilbronner Bund zu veranlassen. Am 13. Dezember reisten die Gesandten wegen der militärischen Lage nach Berlin, um dort für den versprochenen Einmarsch des schwedischen Heeres in Schlesien zur Verfügung zu stehen. Unterwegs begegneten sie Dr. Pein, dem Gesandten für Dresden, der dort garnichts erreicht hatte. Das sächsische Verhalten war stark bestimmt durch die Furcht, Schweden könnte durch ein Bündnis in Schlesien größeren Einfluß erhalten als Sachsen³⁷⁾.

Die Bemühungen des von Oxenstjerna zum Kurfürsten v. Brandenburg entsandten Grafen Solms, ihn zum Eintritt in den Heilbronner Bund zu bewegen, waren nicht erfolgreich. Wohl stand er jetzt fest auf evangelischer Seite. Doch stand seiner Bereitschaft, dem Bund beizutreten, die Forderung Schwedens auf Pommern als Kriegsentschädigung im Wege, auf das Brandenburg verbriefte Erbansprüche besaß. Ein weiterer Anspruch Brandenburgs war die Restitution in die schlesischen Fürstentümer und Herrschaften Jägerndorf, Troppau, Oderberg und Beuthen. Auch der Friedländer war nicht müßig, mit den beiden Kurfürsten zu einem Übereinkommen zu gelangen, und der sächsische Kurfürst bemühte sich seinerseits um den Brandenburger. Dieser sah jedoch nur in einem allgemeinen Friedensschluß eine dauerhafte Lösung und verschob die Entscheidung auf seine Zusammenkunft mit Oxenstjerna, die am 21. Februar 1634 in Stendal begann, und wo er sich für eine Vereinheitlichung der Pläne, Beschickung des Frankfurter Konvents und Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind entschied. Nachdem auch der niedersächsische Kreis am 4. Februar zu Halberstadt mit Oxenstjerna eine Vereinheitlichung der Pläne und Beschickung des Konvents beschlossen hatte, wurde an den sächsischen Kurfürsten am 26. Februar die Bitte gerichtet, aus dem Tode des Friedländers die Folgerung zu ziehen und sich den Abmachungen anzuschließen³⁸⁾.

Während sich die kaiserliche Seite sehr wohl der Bedeutung der weltlichen Mittel für die Erreichung kirchlicher Ziele bewußt war und sie bedenkenlos anwandte, glaubte Johann Georg v. Sachsen dem damit begegnen zu können, daß „Gott das bedrängte Kirchenschifflein behüten“ würde, und war dann höchst bestürzt, als der Kaiser, nachdem er ihn nicht mehr brauchte, ihn und seine Lande rücksichtslos behandelte. Aber auch diese Enttäuschungen konnten die Eifersucht gegen die allein schon durch die überlegenen Persönlichkeiten bedingte Führerrolle Schwedens und den Mangel an Festigkeit in der sächsi-

³⁶⁾ Palm S. 263/4, Chemnitz 2 S. 239/40.

³⁷⁾ Palm S. 264.

³⁸⁾ Chemnitz 2 S. 289/90, 297, 310, Palm S. 263/4.

ischen Politik nicht beseitigen. Dazu kamen noch Rangstreitigkeiten, da er, der nach dem Tode des Kaisers Vicarius Imperii war, jetzt, wo der Kaiser in der Ausübung seiner Rechte verhindert war, diese Lage für gegeben hielt und sich als Reichsvikar betrachtete. Seine Bemühungen gingen weiterhin auf einen Separatfrieden mit dem Kaiser, der dem Reich, der evang. Kirche und seinen Interessen förderlich war. Seine Verhandlungen mit Wallenstein im Winter 1633/34 begannen sehr günstig, und dieser schrieb am 25. Januar an Johann Christian nach Thorn, daß er sich des Wohls der schlesischen Fürsten und Lande sehr annehme. Die 30 protestantischen Forderungen, ^{die} auch vom herzoglichen Hofprediger Dr. Hoe gebilligt worden waren, versprachen, auch die evang. Belange zu wahren. Doch vereitelte die Ermordung Wallensteins am 25. Februar 1634 die kurfürstlichen Bemühungen um einen Reichsfrieden. Jetzt entschloß sich der Kurfürst, den Frankfurter Konvent mit sächsischen Beratern zu beschicken, ohne indes seine ablehnende Haltung gegen ein schwedisches Direktorium aufzugeben, zumal ihm im März 1634 der König v. Ungarn in kaiserlichem Auftrag durch Herzog Julius v. Braunschweig Friedensverhandlungen in Leitmeritz anbot. Der Kurfürst nahm das Angebot an, doch setzte Arnim, der dem Angebot mißtraute, durch, daß die Verhandlungen nur als Vorbereitungen zu einem unter Vermittlung des Königs v. Dänemark abzuschließenden allgemeinen Friedensschluß betrachtet wurden ³⁹⁾.

Während in Schlesien Schaffgotsch allmählich die meisten Plätze an der Oder eroberte, gelang es ihm nicht bei den durch Sachsen verteidigten Städten Oppeln und Brieg und der durch Sachsen und Schweden verteidigten Breslauer Dominsel, deren Scharfschützen von den Domtürmen aus den Kaiserlichen in ihren Laufgräben erhebliche Verluste zufügten und sie durch einen nächtlichen Ausfall vertrieben. Der Stadt hatte der Vertrag mit Schaffgotsch bisher wenig genützt. Die Dombesatzung holte sich jetzt die notwendigen Waren durch Plünderung der Nachbarorte und Beraubung der nach Breslau gehenden Transporte. In dem Maße, in welchem sich der Krieg nach der Mark und nach Böhmen verzog, gewann wieder die schwedisch gesinnte Handwerkerschaft an Einfluß, zumal auch der Kanzler und die beiden Kurfürsten sie eines Entsetzes vertrösteten, während die Garantie ihrer Privilegien durch den Kaiser und Wallenstein ausblieb und die evang. Mächte ihrerseits mit dem Verlust der Privilegien drohten. Auch war es General Duval am 24. November gelungen, aus der Gefangenschaft zu entfliehen, und schon operierte er wieder erfolgreich mit einem neu aufgestellten kleinen Korps, so daß jetzt Rat und Bürgerschaft von Breslau den Beschuß faßten, der Oxenstjerna notifiziert wurde, standhaft beim evang. Wesen zu verharren, Dom- und Sandinsel nach äußerstem Vermögen zu verteidigen, sich der Verteidiger freundschaftlich anzunehmen und sich fester als vorher mit den Evangelischen zu verbinden ⁴⁰⁾. Am 24. Februar

³⁹⁾ Helbig S. 574—77, Palm 267/8.
⁴⁰⁾ Chemnitz 2 S. 277, Palm S. 265—277.

schloß die Stadt mit dem Kommandanten der schwedischen Dombesatzung, Gerhard Kuhlmann, einen Oxenstjerna zur Genehmigung vorgelegten Vertrag auf gegenseitige Unterstützung und Versorgung der Besatzung⁴¹⁾). Als die Stadt daraufhin von den Kaiserlichen wieder angegriffen wurde, unternahm sie Ausfälle und vernichtete u. a. bei Zedlitz ein ganzes Regiment. Zusammen mit 300 Mann der städtischen Truppen überfiel Duval, der seine Truppen mit der Besatzung der Dominsel vereinigt hatte, am 4. März das von Schaffgotschs Kürassieren besetzte Oels, befreite Herzog Karl Friedrich und geleitete ihn nach Breslau. Aus Rache dafür überfiel Feldmarschall-Leutnant v. Hatzfeld am 1. April mit 7000 Mann die Stadt Oels und ließ seine Soldaten eine Woche lang in Stadt und Fürstentum wüten⁴²⁾). Bei der ständig wechselnden militärischen Lage konnte es Duval aber nicht erreichen, daß Breslau ein eigenes Korps aufstellte, Geldmittel zu Werbungen beitrug, die Zahlung der Zoll- und Münzabgaben an den Kaiser einstellte, die Münze durch Schweden verwalteten ließ und vorbehaltlos die schwedische Sache unterstützte, und es half auch seine Mahnung nicht, daß die kaiserlichen Absichten auf Gegenreformation und Abschaffung aller Privilegien gingen⁴³⁾). Waren sich auch die Breslauer dessen völlig bewußt, so schien das mit den schwedischen Forderungen verbundene Risiko doch allzu groß.

Das Ende Wallensteins besiegelte auch das Schicksal des Generals Hans Ulrich v. Schaffgotsch. Dieser nahm in den Augen des damals die kaiserlichen Truppen in Schlesien befehligen Feldmarschalls Colloredo mehr Rücksicht auf die erneut vom Kaiser abgefallene Stadt Breslau, als es die Lage erforderte. Auch Hatzfeld warf ihm mehrfach versteckt vor, er lasse Transporte ungehindert nach Breslau passieren. Dieses Verhalten faßte Colloredo als verräterisches Einvernehmen mit Wallenstein auf, unvorsichtige Äußerungen und ein aufgefangener Brief taten ein übriges, so daß er am 24. Februar 1634, einen Tag vor Wallensteins Tod, durch im geheimen gewonnene Offiziere in seinem Hauptquartier zu Ohlau verhaftet und über Glatz, Wien und Pilsen nach Regensburg gebracht und vor ein Kriegsgericht gestellt wurde. Obgleich er sich auch unter der Folter für unschuldig erklärte und die Untersuchungen keinen Beweis einer Mittäterschaft erbrachten, wurde er als einziger seiner Mitangeklagten am 2. Juli 1635 auf dem Markt enthauptet. Schon im September 1634 waren seine 5 Kinder aus dem Schloß Kemnitz weggeführt und den Olmützer Jesuiten übergeben worden, und sein Tod bot den willkommenen Anlaß, seine riesigen Ländereien, die von der Standesherrschaft Trachenberg bis zum Riesengebirge reichten und alle protestantisch waren, einzuziehen und zu rekatholisieren. Schaffgotsch, der bis zur Katastrophe am Weißen Berge der

⁴¹⁾ Krebs S. 299.

⁴²⁾ Der Plünderungsschaden wurde auf 113 000 Taler berechnet. Allein aus den fürstlichen Kammergütern raubten die Soldaten 313 Pferde, 627 Rinder, über 5000 Schafe, 110 Schweine, 125 Mutter ausgedroschenes Getreide und 300 Bund Stroh (Krebs S. 290).

⁴³⁾ Palm S. 265, 277, Chemnitz 2 S. 276/7, Krebs S. 279.

evang. Sache an vorderster Stelle gedient hatte, hat dann als kaiserlicher General gegen dieselbe Sache gekämpft und sich als Schwager der Herzöge Johann Christian und Georg Rudolf — er hatte deren Schwester Barbara Agnes geheiratet — bemüht, die Fürsten auf die kaiserliche Seite zu bringen. Er scheint schließlich an dem Zwiespalt zugrundegegangen zu sein, in den ihn sein protestantisches Gewissen geführt hatte. Seine Söhne erhielten, nachdem die Erziehungsarbeit der Jesuiten ihre Früchte getragen hatte, im Gnadenwege die sog. Schaffgotschische Herrschaft Kynast zurück ⁴⁴⁾).

Im März 1634 erhielt die unter Feldmarschall Banér bereitstehende Armee von Oxenstjerna den Befehl, an die Oder zu marschieren, die Oder und Schlesien gegen Polen zu sichern und mit den Sachsen gut zusammenzuarbeiten. Von Breslau hatte Duval, um sich die Mittel zur Kriegsführung zu verschaffen, Quartier und Verpflegung, ein Darlehen und die Abtretung der kaiserlichen Münze und anderer öffentlichen Einnahmen gefordert. Als sich die Stadt durch den schlesischen Abgeordneten in Frankfurt, Andreas Lange, beschwerte, ermahnte sie der Kanzler, sich den Notwendigkeiten des Krieges zu beugen und durch Genehmigung der Forderungen zum Wohle der gemeinsamen Sache, die auch die ihrige sei, beizutragen. Da ihm aber am Wohlwollen der Stadt viel lag, befahl er Duval, sich gegen sie maßvoll zu verhalten ⁴⁵⁾.

Wallensteins Tod machte seinen zu Eger mit Herzog Franz Albrecht v. Sachsen geführten Verhandlungen ein Ende und hinderte den sächsischen Hof an einem verheißungsvollen Unternehmen. Er bewirkte, daß sich Sachsen jetzt umso mehr den laufenden Friedensverhandlungen zuwandte. Am 14. März traf zu diesem Zweck ein spanischer Subdelegierter in Dresden ein, dann erschien als kaiserlicher Gesandter Franz Julius v. Sachsen-Lauenburg bei den beiden evang. Kurfürsten, um sie zu Friedensverhandlungen einzuladen. Die brandenburgische Antwort entsprach der letztthin gegebenen Stellungnahme, daß nur ein allgemeiner, mit allen beteiligten Ständen und Interessengruppen ausgehandelter Friede dem gegenwärtigen Übel abhelfen könne, wozu der Frankfurter Konvent gute Gelegenheit bieten würde. Dort führte am 28. März Oxenstjerna aus, daß das Bestreben des Feindes sei, die Verbündeten zu trennen. Es sei ihre Sache, den nicht wiedergutzumachenden Schaden, der sich aus Separatverhandlungen ergeben würde, zu vermeiden und durch geschlossenes Auftreten zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen. Zur schwedischen Entschädigung fragte er, wie der Krone Schweden, die das gesamte evang. Wesen unter größten Opfern mit dem Tode ihres Königs aus höchster Gefahr errettet habe, mit Dankbarkeit zu begegnen sei. Der Hauptpunkt betraf die Forderung, all die Maßnahmen zu treffen, die für die Beendigung des Krieges am wirksamsten schienen. Am 3. Mai kamen die sächsischen Gesandten zu Wort. Sie bedauerten, daß das Werk des Kurfürsten so wenig gewürdigt worden sei, gaben zu be-

⁴⁴⁾ Krebs S. 281/2, Grünhagen S. 257—261, ADB. 30 S. 541—545.

⁴⁵⁾ Chemnitz 2 S. 318/9.

denken, daß die Friedenvorschläge christlich und realisierbar sein müßten, und forderten die Schweden auf, ihre Entschädigungsforderung zu konkretisieren. Im übrigen erschöpften sich die Verhandlungen in nutzlosen Debatten, so daß der Kanzler Ende Mai verärgert abreiste⁴⁶⁾.

Als Ende März Banér endlich in Schlesien einrückte, sandten Johann Christian und Georg Rudolf den Dichter und Diplomaten Martin Opitz, der schon 1633 ihren nach Berlin und Frankfurt a. M. abgefertigten Gesandtschaften angehört, sich im Februar aber nach Thorn begeben hatte, namens aller evang. Stände mit Instruktionen ins Hauptquartier, wo er die Schweden auf ihrem schlesischen Feldzug begleitete und wertvolle Dienste leistete. Den Schweden kam aber der mißgünstige Sachse zuvor, indem er plötzlich ein Heer unter Arnim einfallen ließ, der, nachdem er die Kaiserlichen unter Colloredo bei Lindenbusch geschlagen hatte, am 17. Mai vor Breslau anlangte und nun seinerseits die Stadt zur Unterstellung unter Sachsen veranlassen wollte, aber ebenfalls vergeblich, zumal Martin Opitz und der schwedische Oberst v. Fels erschienen und vor einseitigen Entschlüssen warnten, und Oxenstjerna hielt dem sächsischen Kurfürsten vor, daß das unabhängige Operieren der beiden Armeen ihnen zum gegenseitigen Hindernis und dem Feinde zum Vorteil sein dürfte, und daß es notwendig sei, zum Wohle der gemeinsamen Sache die Operationen ihrer Armeen aufeinander abzustimmen. Der Kurfürst antwortete, daß er mit dem Einmarsch nur dem Wunsche der Schlesier entgegenkomme, seine im Dresdener Akkord eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, und mißbilligte die zu Stendal getroffene Abmachung, die brandenburgischen Truppen unter schwedischen Befehl zu stellen⁴⁷⁾.

Am 22. Mai eröffnete Banér mit rd. 40 000 Mann den Feldzug mit der Eroberung von Frankfurt a. O. Von dort entsandte er Herrn v. Fels an die evang. Stände Schlesiens und die Stadt Breslau, um sie zum Ausharren zu ermutigen. Als der schwedische Generalmajor Stalhantsch am 7. Juni vor Glogau stand, erschienen am nächsten Tage plötzlich 4 sächsische Regimenter, um diese Schlüsselstellung ihrerseits zu berennen, und ließen sich auch nicht durch den Hinweis zum Abzug bestimmen, die Schweden seien zuerst vor die Stadt gekommen. Banér trug den ihm zugefügten Schimpf, um nicht die losen Beziehungen zu Sachsen aufs Spiel zu setzen. Mit der Einnahme der Festung am 16. Juni erreichte Arnim sein Ziel, den Schweden in Schlesien zuvorzukommen und ihren Einmarsch zu behindern ungeachtet der Bemühungen Oxenstjernas, der Stände des ober- und niedersächsischen Kreises und des Kurfürsten v. Brandenburg, Schlesien als schwedische Einflußsphäre zu sichern⁴⁸⁾.

Der Frankfurter Kongress, der alle evang. Reichsstände einigen sollte, sah die Anfang April dorthin abgereisten schlesischen Gesandten v. Langen und

⁴⁶⁾ a. a. O. S. 361/2, 364—66, 371, 375.

⁴⁷⁾ Palm S. 279—81, Chemnitz 2 S. 386—88.

⁴⁸⁾ Palm S. 286/7, 290, Chemnitz 2 S. 403—406.

v. Zedlitz vor schweren Aufgaben. Auch dort wirkte sich der sächsisch-schweidische Gegensatz ständig lähmend aus, und die Interessengegensätze unter den Versammelten und der Mangel an Gemeinsinn und Unterordnung des Partikularinteresses unter das Gesamtwohl taten ebenso wie die Forderung Schwedens auf Entschädigung durch Pommern ein übriges, um ein erfolgreiches Arbeiten der Versammlung zu hindern. Aus Thorn ermahnten die Herzöge die Gesandten, treu auszuhalten, und forderten den Herzog v. Oels und die Stadt Breslau auf, bei der Konjunktion zu bleiben und dem Heilbronner Bund beizutreten, mit dem Hinweis, daß des Kaisers Ziel sei, die Verfassung des Reichs zu ändern und die evang. Religion auszurotten, auch wenn er die Verwirklichung seiner Pläne manchmal habe hinausschieben müssen. Daher sei das einzige Mittel zur Erhaltung der Wohlfahrt des Landes die Vereinigung mit den evang. Reichsständen. Ihre 2 Schreiben vom 20. Mai und 9. Juni hatten den Erfolg, daß Oels und Stadt Breslau ihre Übereinstimmung erklärten, und die Gesandten wurden ersucht, für eine Aufnahme in den Heilbronner Bund einzutreten. Am 2. August konnten die Gesandten endlich im Römer vor dem Consilium formatum ihre Sache vorbringen. Sie hatten von den Ständen die Vollmacht erhalten, alles zu vereinbaren, was zum Besten des Landes sei. Eingangs betonten sie, daß sie dazu bewogen worden seien durch die offenkundige Verletzung und Vergewaltigung der Religions- und Gewissensfreiheit und der Grundgesetze des Landes und dem Wunsche, in die künftigen deutschen Friedensverhandlungen mit einzubringen zu werden. Als die wichtigsten Ziele des Landes nannten sie die Erhaltung der evang. Lehre und der teuer erworbenen Grundgesetze, Immunitäten, Freiheiten und aller sonstigen ihnen in Religions- und Privatsachen zustehenden Rechte und Gerechtigkeiten. Freundschafts- und Nachbarschaftspakte mit angrenzenden Ländern, besonders Polen und Ungarn, sollten dadurch nicht berührt werden, und die mit dem Bündnis eingegangenen Bindungen sollten nur für die Dauer des Krieges gelten, bis der Friedenszweck erreicht sei. Sie sollten zu keiner anderen Huldigung und Verpflichtung genötigt werden, sondern es sollte mit ihnen als freien Verbündeten verhandelt werden, unbeschadet der verfassungsmäßigen Beziehungen zum Königreich Böhmen. Es sei keineswegs mit dem Bündnis beabsichtigt, gegen schuldige Pflichten, Treue und Ehre zu handeln. Als Bedingungen wurden u. a. gestellt: Reformierung der Truppen, Wiederherstellung der Kriegsdisziplin und von Handel und Wandel, Ausübung der Strafrechtspflege bei öffentlichen Delikten durch die schlesischen Stände, Eidesleistung der im Lande stationierten Truppen auch an die schlesischen Stände; Einquartierung nur auf Grund von Einweisung durch Kommissare; Verzicht der Verbündeten auf das Kriegs-, Konfiskations- und Hoheitsrecht; kein Universal- oder Sonderfriede sollte geschlossen werden, ohne daß man sie vorher hinzugezogen und ihren Beschwerden abgeholfen habe. Falls sie wegen des Beitritts zum Bündnis belangt würden, sollten sie gegen jedermann mit dem gesamten Bundesvolk unterstützt und vor allen Feindseligkeiten geschützt und verteidigt werden, die

Bezahlung der Truppen, soweit die schlesischen Gelder nicht ausreichten, sollte aus der Bundeskasse bestritten und dadurch der Soldat von Ausschreitungen abgehalten werden ⁴⁹⁾.

Unterdessen versuchten die 3 sächsischen Räte, die am 22. April in Frankfurt eingetroffen waren, ihren Einfluß geltend zu machen. Ihr wichtigstes Anliegen war, die Macht und die Forderung Schwedens auf Satisfaktion in Deutschland einzuschränken. Immer wieder wirkte sich für die protestantische Sache auch die Abneigung hinderlich aus, die der Kurfürst gegen den Einfluß der Calvinisten im Consilium formatum hatte. Man betrachtete die Einflußnahmen des Calvinismus als etwas „dem heiligen gerechten Gotte . . . Mißfälliges und dem christlichen Gewissen Beschwerliches“, und Dr. Hoe verneinte in einem Gutachten entschieden die Frage, ob die Lutheraner dem Calvinismus mit gutem Gewissen zur freien Religionsübung im Reiche verhelfen könnten, da die calvinische Lehre voller erschrecklicher Gotteslästerungen, abscheulichen Irrtums und Gräuels stecke und Gottes heiligem, geoffenbarten Worte diametraliter entgegenlaufe. Für die Calvinisten die Waffen ergreifen, sei nichts anderes, als dem Urheber des Calvinismus, dem Teufel, Reiterdienste leisten. . . . Die Calvinisten seien nicht unsere Brüder in Christo. Sie unterstützen, hieße, sich und seine Kinder dem Moloch opfern. Man solle seine Feinde lieben, aber die Calvinisten seien nicht unsere, sondern Gottes Feinde. Wie Gott solchen Leuten nicht hold ist, sollten wir auch die hassen, welche ihn hassen (Ps. 139, 21) und uns von ihnen absondern (2. Kor. 6, 17).“ Die sächsischen Vertreter stifteten auch Verwirrung, indem sie offen erklärten, daß ihr Kurfürst Schlesien als sein ausschließliches Einflußgebiet betrachte, wogegen der brandenburgische Gesandte und Opitz auf die in Pommern bereitstehende Hilfe unter Torstenson verwies. Eine solche Gesinnung der sächsischen Staatsleitung konnte sich nur als ein schwerer Hemmschuh für die Einheit des evang. Lagers und die Zusammenfassung seiner Kräfte auswirken und mußte für die militärisch-politische Entwicklung schwerwiegende Folgen haben. Der mit dem Argwohn des sächsischen Kurfürsten zusammenhängende Mangel an ausreichenden Vollmachten für seine Räte verhinderte, daß diese dem bei den Ständen beider sächsischer Kreise bestehenden Wunsch nähertraten, ihre Kriegsmacht unter dem kursächsischen Direktorium zusammenzuschließen, nach Einigung mit den oberen 4 Kreisen die fremden Mächte aus dem Reich zu entfernen und den Kaiser zu einem guten Frieden zu zwingen. Wie Bernhard v. Weimar meinte, lag es nur an den Schwierigkeiten mit den kursächsischen Gesandten, daß ein Bündnis aller evang. Stände nicht zustandekam ⁵⁰⁾.

Auf dem im Juni 1634 stattfindenden schwedischen Reichstag beschloß man, als Kriegentschädigung Pommern oder, falls sich das infolge allzu großen Widerstandes als unmöglich erweise, eine Geldsumme zu verlangen. Schlesien

⁴⁹⁾ Palm S. 293/4, Chemnitz 2 S. 432—34. Hier vollst. schlesische Bündnisbedingungen.

⁵⁰⁾ Helbig S. 578—583, Krebs S. 295.

hätten die Schweden den beiden Kurfürsten überlassen, vorausgesetzt, daß sie bereit gewesen wären, mit Schweden aufrichtig im Sinne einer folgerichtigen Kriegsführung zusammenzuarbeiten. Bei der sächsischen Unzuverlässigkeit konnte aber davon keine Rede sein, und als Arnim Banér aufforderte, ihm Schlesien zu überlassen und nach Mähren zu gehen, ohne sich um die feindlichen Garnisonen zu kümmern, um Bernhard v. Weimar zu entlasten, widrigenfalls er sich passiv verhalten würde, beschloß der Schwede, überhaupt nicht vorzurücken, da er den Feind nicht im Rücken haben wollte und er sich auch auf die brandenburgischen Truppen nicht verlassen konnte. Nachdem die Zerwürfnisse zwischen beiden Armeen sie zur Untätigkeit verdammt hatten, verglich man sich endlich dahin, daß beide Heere nach Böhmen gehen sollten, um den Feind im eigenen Lande zu beschäftigen, so daß die Befreiung Schlesiens von den Kaiserlichen an der Uneinigkeit ihrer Schutzmächte scheiterte. Beide Heere hatten in dem kaum zur Hälfte befreiten Lande Truppenteile zurückgelassen, deren Unterhaltung zu sichern und den evang. Ständen eine handlungsfähige Organisation zu geben, jetzt Gegenstand zweier Versammlungen v. 4. Juli und 1. August wurde, wobei man auch die Zustimmung der Erbfürstentümer einholte. Man verfügte die Beschlagnahme aller Wertsachen in den Klöstern und Stiftern und ordnete ihre Administration durch Vertreter der Fürsten ihres Landes an. Damit sollten die Kontributionen bestritten und die Landeskasse aufgefüllt werden⁵¹⁾.

Am 12. Juni reisten die beiden kursächsischen Gesandten zu Verhandlungen mit dem Kaiser nach Leitmeritz ab. Die kurfürstlichen Instruktionen setzten sich für die kaiserlichen Erblande ein. Das Augsburgische Bekenntnis sollte nach dem Stichjahr 1612 wieder freigegeben werden, und der Kaiser sollte eine allgemeine Amnestie auch für die böhmischen Exulanten bewilligen. Als die kaiserlichen Gesandten mit dem Verhandlungsführer Graf Trautmannsdorff die Forderungen fast durchweg ablehnten, wies der Kurfürst seine Vertreter an, möglichst fest zu bleiben und nur im äußersten Notfall dem Kaiser in seinen Erblanden das Reformationsrecht zuzugestehen, ausgenommen jedoch Schlesien, für das er den Dresdener Akkord geltend machte. Als Banér und Arnim in Böhmen einfielen und im Juli 1634 auf Leitmeritz rückten, lud der Kurfürst die kaiserlichen Gesandten zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Pirna ein. Auch dort vertraten die kaiserlichen Unterhändler starr ihren Standpunkt und lehnten die Gültigkeit des Akkords ab, da dieser von den Schlesiern verwirkt worden sei, ohne allerdings die Sachsen umzustimmen⁵²⁾.

Auf dem Frankfurter Konvent war die Lage verworrener denn je, da Sachsen durch seine Friedensvorschläge und Schweden und Kurbrandenburg durch ihren Anspruch auf Pommern die Verhandlungen komplizierten. Auch Sachsen lehnte

⁵¹⁾ Chemnitz 2 S. 463/4. 491/2. 403—406. Palm S. 286/7, 290.

⁵²⁾ Helbig S. 585—88, 591—93.

die Entschädigung Schwedens durch Pommern ab, so daß Oxenstjerna schließlich nachgab und die Satisfaktionsfrage bis auf die Friedensverhandlungen verschieben wollte. Brandenburg bestand aber auf sofortiger Klärung, da sonst das Vertrauen der Evangelischen untereinander gefährdet sei, und verlangte eine bindende schriftliche Zusage, daß Schweden Pommern nicht als Entschädigung verlangen werde, bevor es über den Beitritt zum Bündnis zu verhandeln bereit sei. Da aber bei der Unzuverlässigkeit Brandenburgs als Bündnispartner sich Schweden davor sichern mußte, daß Pommern nicht in feindliche Hände fiel, und die sächsischen Kreisstände tatsächlich auf eine Veränderung der Bündnisverhältnisse hinarbeiteten, konnte der Kanzler nicht darauf eingehen, und die pommersche Sache erwies sich als ein Mittel, den schwachen brandenburgischen Kurfürsten gegen das Bündnis zu beeinflussen^{53).}

Durch seinen vernichtenden Sieg bei Nördlingen am 6. September 1634 entschied der Feind über den Konvent und drängte ihn zu seiner Beendigung. Am 13. September kam in Eile ein Vergleich zustande, worin man sich versicherte, für einen Mann zu stehen, bis die deutsche Libertät stabilisiert, die evang. Stände restituiert seien, alle Konföderierten einen richtigen Frieden und Schweden gebührende Entschädigung erhalten hätten. Kein evang. Stand sollte sich von den anderen trennen. Die schlesischen Gesandten reichten am 14. September ihre an Hand der Instruktionen abgefaßten Bündnisvorschläge ein, die in den meisten Punkten mit den Vorschlägen vom 2. August übereinstimmten, ohne daß sie vorher in Breslau genehmigt worden waren. Die in Breslau versammelten Mitglieder der Konjunktion billigten den Entwurf und vermerkten nur, daß der Einverleibung in Böhmen nicht hätte gedacht zu werden brauchen. Die Gesandten wurden angewiesen, sich ganz nach dem Vorgehen des obersächsischen Kreises zu richten. Aber schon am 19. September reisten wegen der Unsicherheit der Lage die Gesandten des niedersächsischen Kreises ab, nachdem sie sich noch schnell mit den 4 oberen Kreisen und Oxenstjerna geeinigt hatten, ohne die Sache der Schlesier zu Ende geführt zu haben. Es blieb ihnen, wie Pufendorf bemerkt, mangels einer Einigung unter sich selbst keine Zeit, neue Mitglieder aufzunehmen. Die Bemühungen der evang. Schlesier waren damit gescheitert^{54).} Schlesien war aber auch der Hauptleidtragende des Frankfurter Mißerfolgs. Denn durch seine Verhandlungen, die ja der Gegenseite nicht verborgen bleiben konnten, hatte es sich den vermehrten Zorn des Kaisers zugezogen.

In verschiedenen Schreiben hatte er die einzelnen evang. Stände sowohl wie auch ihre Versammlung gewarnt, sich an Anschlägen gegen Gott, Obrigkeit und Gewissen zu beteiligen, und ihnen für den Fall ihres Gehorsams Schutz ihrer Privilegien, Immunitäten und Landesfreiheiten zugesichert. Die Wirkung

⁵³⁾ Chemnitz 2 S. 501—03.

⁵⁴⁾ Chemnitz 2 S. 507—09, Palm S. 297/8.

seiner Versprechen war gering⁵⁵⁾), was bei seinen verfassungsändernden und gegenreformatorischen Maßnahmen in Schlesien und dem Bruch des Dresdener Akkords kein Wunder war, und der Wunsch der Stadt Breslau, im Falle einer Trennung vom Hause Österreich zur freien Reichsstadt erhoben zu werden, zeigt, in welcher Richtung sich die Gedanken der evang. Stände bewegten, wenn diese auch auf Grund der Erfahrungen in ihren Beschlüssen vorsichtiger geworden waren und in ihre Berechnungen Rückschläge einbezogen.

Dr. Georg Jaekel

Benutztes Schrifttum:

Allgemeine Deutsche Biographie. Bd 30: Schaffgotsch. S. 541—545.

Chemnitz, Bogislaff Philipp v., Königlich Schwedischen in Deutschland geführten Kriegs 1., 2. Teil Stettin 1648—53.

Gejer, Eric Gustav, Geschichte Schwedens, Örebro 1832—36. Übs. von Sven P. Leffler. Bd. 3 Hamburg 1836.

Grünhagen, Colmar, Geschichte Schlesiens. Bd. 2, Gotha 1886.

Helbig, Karl Gustav, Der Prager Friede, hrsg. von Friedrich v. Raumer, Leipzig 1858, S. 573—643.

Krebs, J., Melchior v. Hatzfeld und der kleine Krieg um Breslau (Januar—April 1634), in Zschr. des Ver. f. Gesch. u. Alterth. Schl. Bd. 35/1901. Breslau S. 271—302.

Palm, Hermann, Die Konjunktion der Herzöge von Liegnitz, Brieg und Oels mit den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und der Krone Schweden in den Jahren 1633—1635, in Zschr. f. Gesch. u. Alterth. Schl. Bd. 3/1860, Breslau S. 227—368.

⁵⁵⁾ Palm S. 299.